



Presseschau vom 15.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Geheimpläne Japans im Zweiten Weltkrieg: Mit Sabotage und Gifteinsätzen gegen die UdSSR**

Eine Armee, so heißt es oft, marschiert mit dem Magen. Ein neu freigegebener Bestand an bisher geheimen Akten der Kwantung-Armee zeigt, wie Japan im Zweiten Weltkrieg plante, die sowjetische Rote Armee zu besiegen. Die Japaner nahmen unter anderem die Nahrungsversorgung der Sowjets ins Visier. ...

<https://kurz.rt.com/2m9j>

de.rt.com: **US-Immobilien als "Kleptokraten-Traum" – Auch ukrainische Oligarchen waschen so ihr Geld**

Immobilien in den USA bieten "eine wirklich einfache Möglichkeit, unrechtmäßig erworbene Gewinne mit wenig Aufsicht und wenigen Fragen zu verstecken". Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie, die u.a. Transaktionen zugunsten berüchtigter ukrainischer Oligarchen aufzeigt. Die Deutsche Bank spielt dabei eine unrühmliche Rolle. ...

<https://kurz.rt.com/2mbw>

Dagmar Henn: Erst, wenn die Opfer entschädigt sind, ist der Vietnamkrieg wirklich vorbei

Es war die bisher größte Niederlage der USA, aber sie fügen ihrem einstmaligen Gegner heute

noch Schaden zu: Die Folgen der eingesetzten Entlaubungsmittel sind für Vietnam bis heute enorm. Und noch immer weigern sich die USA, die Verantwortung zu übernehmen. ...

<https://kurz.rt.com/2mc7>

Jens Zimmer: Berlin: Die guten und die bösen Demos

Am Samstag sind 2.000 tanzende Demonstranten friedlich, fröhlich und laut durch Berlin gezogen. Die Hygieneauflagen wurden dabei massenhaft ignoriert. Doch die Staatsmacht hat sich dieses Mal von ihrer großzügigen Seite gezeigt. ...

<https://kurz.rt.com/2mh8>

de.rt.com: Liveticker zur Lage in Afghanistan: Taliban übernehmen die Macht

Die Lage in Afghanistan entwickelt sich mit dramatischem Tempo. Alles deutet auf eine baldige Machtübernahme der radikalislamistischen Taliban hin. Alle aktuellen Entwicklungen im Liveticker von "RT DE". ...

<https://kurz.rt.com/2mhi>

abends/nachts:

snanews.de: Taliban erobern ehemaligen Bundeswehrstandort Masar-i-Scharif im Norden Afghanistans

Die radikal-islamistischen Taliban in Afghanistan haben auf ihrem rasanten Eroberungszug nun auch die Großstadt Masar-i-Scharif im Norden des Landes eingenommen. Dort befand sich bis vor wenigen Wochen ein großes Feldlager der Bundeswehr.

Dass Masar-i-Scharif am Samstag gefallen ist, bestätigten der Deutschen Presse-Agentur eine Sicherheitsquelle und ein Provinzrat. Damit hält die Regierung lediglich noch zwei Großstädte – Dschalalabad im Osten und die Hauptstadt Kabul.

Die Islamisten hatten seit rund einer Woche Masar-i-Scharif intensiv angegriffen. Immer wieder versuchten sie von mehreren Seiten in die auch wirtschaftlich starke Metropole mit geschätzt 500.000 Einwohnern einzudringen. Milizen des Ex-Gouverneurs Mohammad Atta Nur und des Ex-Kriegsfürsten Abdul Raschid Dostum hatten zuletzt nördlich der Stadt eine zusätzliche Verteidigungslinie zur Unterstützung der Sicherheitskräfte aufgebaut.

In Masar-i-Scharif hatte die deutsche Bundeswehr bis vor kurzem ein großes Feldlager. Dort waren bis zum Sommer noch rund 1000 deutsche Soldaten stationiert. Ende Juni waren nach der US- und Nato-Abzugsentscheidung in vier Militärmaschinen die letzten verbliebenen Soldaten nachts ausgeflogen worden.

Großteil der Provinzhauptstädte unter Kontrolle der Taliban

Seit Beginn des Abzugs der US- und Natotruppen im Mai haben die Taliban gewaltige Gebietsgewinne verzeichnen können. Mittlerweile kontrollieren sie 21 der 34 Provinzhauptstädte des Landes. Kurz vor dem Fall von Masar-i-Scharif bestätigten lokale Behördenvertreter auch den Fall der Provinzhauptstadt Gardis in Paktia im Südosten des Landes. Am Samstag waren bereits zwei weitere kleine Provinzhauptstädte im Osten – Asadabad in Kunar und Scharana in Paktika im Südosten – kampfflos an die Taliban gegangen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0e/3223493_0:283:2635:1765_1920x0_80_0_0_5ac25ac45c6d9e6fd5301a29752ef5f.jpg

de.rt.com: **Angriff auf ukrainischen Olympiasieger Schan Belenjuk in Kiew:
"Verschwinde nach Afrika!"**

Die Olympischen Sommerspiele in Tokio sind zwar schon seit einer Woche vorbei, manche Athleten kommen aber nicht aus den Schlagzeilen. Der ukrainische Olympiasieger und Politiker Schan Belenjuk hat sich über einen Angriff in Kiew wegen seiner dunklen Hautfarbe beschwert.

Der ukrainische Olympionike und Parlamentsabgeordnete Schan Belenjuk hat am Freitag auf Facebook von einem rassistisch motivierten Angriff auf seine Person berichtet. Der 30-Jährige wurde nach eigenen Angaben am 13. August im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt Kiew von mehreren Unbekannten beleidigt. Demnach versuchten sie, den dunkelhäutigen Sportler mit ruandischen Wurzeln zu einem Konflikt zu provozieren. Die Angreifer sagten Belenjuk unter anderem "Was weiß schon ein schwarzer Affe über Patriotismus?" und "Verschwinde nach Afrika!"

Der Ringer teilte mit, es sei zu keiner Schlägerei gekommen. Er selbst sei in Ordnung. Auf Facebook kritisierte Belenjuk den Zwischenfall schwer und fragte, inwieweit sich ein Olympiasieger in seiner Heimatstadt sicher fühlen könne und ob dies für ein europäisches Land normal sei.

"Es ist interessant für mich, ob ich für meinen Staat Ukrainer bin und welche Kriterien für Patriotismus es in meiner Heimat überhaupt gibt?!"

Nach der Beschwerde des Abgeordneten leitete die ukrainische Polizei wegen des rassistisch motivierten Angriffs eine Ermittlung ein. Präsident Wladimir Selenskij verurteilte den Zwischenfall auf Twitter. Er bezeichnete den Ringer als "einen der würdigsten Söhne der Ukraine". Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seien im Land inakzeptabel. Die Polizei solle auf solche Vorfälle hart reagieren.

Belenjuk hatte bei den diesjährigen Olympischen Spielen im griechisch-römischen Ringen Gold geholt. Im Finale gewann er in der Gewichtsklasse bis 87 Kilogramm gegen Viktor Lórinčz aus Ungarn. Damit gewann Belenjuk die einzige Goldmedaille der ukrainischen Olympiiauswahl in Tokio.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6117a0a648fbef25105a7cd7.JPG>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 14 . August 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Taliban nehmen kampflos Dschalalabad ein – folgt nun eine Offensive gegen Kabul?**

Die militant-islamistischen Taliban haben nun mit Dschalalabad im Osten Afghanistans die vorletzte Großstadt übernommen. Der Ring um die Hauptstadt Kabul und die afghanische Regierung ist somit mehr oder weniger zugezogen.

Die Provinzhauptstadt von Nangarhar sei kampflos von den Islamisten erobert worden, bestätigten zwei Provinzräte und ein Bewohner der Deutschen Presse-Agentur am Sonntag. Damit verliert die Regierung die vorletzte noch unter ihrer Kontrolle stehende Großstadt des Landes. Ein möglicher Angriff auf ihre letzte Bastion Kabul könnte bald folgen.

Erst am Samstagabend hatten die Taliban die wichtige Stadt Mazar-i-Scharif im Norden mehr oder wenig kampflos eingenommen. Dort waren bis Ende Juni deutsche Soldaten stationiert. Die Islamisten seien um 6.00 Uhr morgens (Ortszeit) nach Dschalalabad, eine wirtschaftlich wichtige Stadt mit 280.000 Einwohnern, eingedrungen, sagte ein Bewohner. Sie würden niemanden belästigen und hätten den Menschen gesagt, sie sollten nicht stehlen. Soldaten, die sie sähen, entwaffneten sie und schickten sie nach Hause, sagte der Bewohner weiter.

Kämpfen „wäre sinnlos“

Zwei Provinzräte erklärten, es habe keine Kämpfe gegeben. „Kämpfen wäre sinnlos gewesen.“ In sozialen Medien geteilte Bilder zeigten rund ein Dutzend Taliban-Kämpfer im Büro des Provinzgouverneurs. Noch unbestätigten Berichten zufolge übernahmen die Islamisten auch weitere Bezirke in der Provinz Nangarhar. Es wäre damit nur eine Frage der Zeit, bis auch eine durch die Provinz verlaufende Hauptverbindung nach Pakistan über Land unter ihrer Kontrolle stünde.

Präsident Aschraf Ghani hatte am Samstag Sami Sadat, den jungen, ehemaligen Kommandeur des 215. Armeekorps, zuständig für den Süden Afghanistans – der mittlerweile praktisch vollständig Taliban-Gebiet ist – zum neuen Sicherheitsbeauftragten für die Stadt Kabul ernannt.

Fraglich ist, ob der neue Kabul-Beauftragte Sadat noch groß dazu kommen wird, die Kräfte und Verteidigungslinien für die Hauptstadt zu verstärken. Es ist nicht bekannt, wie viele der auf dem Papier rund 300.000 Mann starken Sicherheitskräfte – Armee und Polizei – mittlerweile den Dienst quittiert haben. Am Samstag hatte Ghani in einer Fernsehansprache

angekündigt, die Sicherheitskräfte „remobilisieren“ zu wollen.

Nach den jüngsten kampflosen Übergaben mehrerer Provinzhauptstädte ist zudem unklar, ob die Sicherheitskräfte in Kabul sich den Taliban widersetzen würden. Weiter ist offen, wie lange sich Ghani angesichts der brisanten Lage noch halten kann. Er hatte am Samstag gesagt, er wolle „bald“ einen Plan vorlegen, um weiteres Blutvergießen und Zerstörung zu verhindern. Auf Spekulationen über seinen Rücktritt war er nicht eingegangen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0f/3224362_0:3:2765:1558_1920x0_80_0_0_26538c3c8ee3288df722c46764052d49.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. August 3:00 Uhr bis 15. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Wesjoloje, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Belaja Kamenka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 12.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Taliban starten Offensive gegen Kabul – alle Grenzübergänge Afghanistans unter ihrer Kontrolle

Die radikal-islamistischen Taliban in Afghanistan haben nach Angaben von RIA Novosti bereits eine Universität im Westen Kabuls unter ihre Kontrolle gebracht und dort ihre Flagge gehisst. Reuters zufolge hat die Terrorgruppe einen Angriff auf die afghanische Hauptstadt eingeleitet.

Der Präsidentenpalast in Kabul hat sich bereits an die Einwohner der Stadt gerichtet: „Liebe Bürgerinnen und Bürger von Kabul! In einigen abgelegenen Gegenden Kabuls sind Schüsse

zu hören. Die Sicherheits- und Verteidigungskräfte des Landes beobachten gemeinsam mit internationalen Partnern die Sicherheitslage in Kabul.“ Der Tweet ist inzwischen entfernt worden.

Der örtliche Fernsehsender 1 TV News berichtete hingegen, dass die Taliban Verhandlungen mit der afghanischen Regierung aufgenommen hätten und Kämpfe vermeiden wollten. Demnach wurden die radikalen Kämpfer angewiesen, vorerst in die Hauptstadt nicht einzuziehen.

Laut der Nachrichtenagentur AP soll die Terrorgruppe bereits alle Grenzübergänge des Landes kontrollieren. Die einzige Ausreisemöglichkeit ist demnach der Flughafen in Kabul.

Kurz zuvor nahmen die Taliban Dschalalabad im Osten Afghanistans kampflos ein. Damit verlor die Regierung die vorletzte noch unter ihrer Kontrolle stehende Großstadt des Landes. Ein möglicher Angriff auf ihre letzte Bastion Kabul scheint unausweichlich.

USA wollen Zeit gewinnen

Der US-Sonderbeauftragte für die afghanische Aussöhnung Zalmay Khalilzad habe die Kämpfer der radikalen Taliban aufgefordert, in Kabul nicht einzumarschieren, bis die USA ihre dort verbliebenen Bürger evakuiert hätten, berichtete die New York Times. Die Terrorgruppe forderte im Gegenzug, ein Einstellen der durch die Vereinigten Staaten geführten Luftschläge.

Das US-Militär hatte am Donnerstag angekündigt, rund 3000 Soldaten als Verstärkung zum Flughafen Kabul zu verlegen, um die Reduzierung des Personals der US-Botschaft zu unterstützen. Rund 5000 weitere Soldaten werden zudem im Nahen Osten stationiert, um als mögliche Verstärkung bereitzustehen. Wie es heißt, befinden sich in Kabul mindestens 10.000 amerikanische Staatsangehörige.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/1f/3038742_0:161:3069:1887_1920x0_80_0_0_ec0104ddb4bfe728154ee0ee32d4ae2b.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 15. August um 9:00 Uhr 7816 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6175 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 708 Todesfälle.

snaneews.de: „Antisemitisches Gesetz“: Israel beordert Gesandten aus Polen zurück

Israel hat am Samstag den Gesandten seiner Botschaft in Warschau zu unbefristeten Beratungen zurückgerufen. Hintergrund ist die Unterzeichnung einer umstrittenen Änderung des polnischen Verwaltungsrechts durch Präsident Andrzej Duda, die unter anderem die Eigentumsrechte von Holocaust-Überlebenden und deren Nachkommen beeinträchtigen könnte.

„Polen hat heute – nicht zum ersten Mal – ein antisemitisches und unethisches Gesetz

erlassen“, sagte der israelische Außenminister, Jair Lapid, laut der DPA. „Der neue Botschafter, der in Kürze nach Warschau aufbrechen sollte, wird zu diesem Zeitpunkt nicht nach Polen reisen.“

Das Außenministerium werde zudem empfehlen, dass der polnische Botschafter in Israel in seinem derzeitigen Heimaturlaub bleibe. „Diese Zeit sollte genutzt werden, um den Menschen in Polen die Bedeutung des Holocaust für die Bürger Israels zu erklären“, sagte Lapid.

In der vom polnischen Parlament in der vergangenen Woche beschlossenen Gesetzesänderung heißt es unter anderem, dass Verwaltungsentscheidungen nach Ablauf einer Frist von 30 Jahren nicht mehr gerichtlich angefochten werden können. Polens Präsident Duda hatte darauf verwiesen, dass das Gesetz Rechtsunsicherheit für polnische Wohnungs- und Grundstücksbesitzer beseitige für den Fall, dass sich nach mehr als 70 Jahren ein früherer Eigentümer finde.

Das Gesetz solle „die Ära des rechtlichen Chaos, die Ära der Reprivatisierungsmafia, die Verunsicherung von Millionen von Polen und die Missachtung der elementaren Rechte der Bürger unseres Landes“ beenden, sagte Duda. Den Vorwurf, die Gesetzesänderung richte sich speziell gegen die Eigentumsrechte von Juden, wies er zurück.

Dennoch befürchtet Israel Auswirkungen auf mögliche Entschädigungen von Opfern des Holocaust. „Polen ist heute ein antidemokratisches (...) Land geworden, das nicht die größte Tragödie in der menschlichen Geschichte ehrt“, sagte Außenminister Lapid über die Gesetzesnovelle. Israel führe Gespräche mit den USA, um künftige Reaktionen abzusprechen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/0b/1650045_0:143:3135:1906_1920x0_80_0_0_3e7d2b253b0f6e88ca136db908b81f30.jpg

Mzdnr.ru: Am 14. August wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 15. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 52.009 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5106 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 43.095 als gesund entlassen, es gibt 3808 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 145 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 15 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 78 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2113 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 776 mit Sauerstoffunterstützung (+37 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2244 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: Afghanistan: Sturm auf Kabul wurde abgewendet, Machtübergabe an Taliban wird am 15. August erfolgen

In Afghanistan haben die Taliban nach Angaben des Innenministeriums den Angriff auf die Hauptstadt Kabul gestartet. Deren Einheiten stießen von allen Seiten vor, teilte das afghanische Ministerium am Sonntag zunächst mit. Eine Stunde später hieß es, einen Sturm auf Kabul werde es nicht geben, die Übergabe der Stadt werde auf friedlichem Wege geregelt. Eine Taliban-Delegation hat Berichten von Al-Arabiya zufolge im Präsidentenpalast von Kabul bereits Verhandlungen über eine "bedingungslose Kapitulation" der afghanischen Regierung aufgenommen. Die Machtübergabe soll bereits heute am 15. August stattfinden. Zu diesem Zweck sei eine hochrangige Delegation bereits auf dem Weg von Katar nach Kabul, um die Verhandlungen über den Machtwechsel abzuschließen.

Gleichzeitig führt der afghanische Präsident Aschraf Ghani Gespräche mit den Sonderbeauftragten der USA und der NATO, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Laut Angaben der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti hatten die Taliban zuvor bereits die Kabuler Universität im Westen der Stadt unter ihre Kontrolle gebracht und ihre Fahnen gehisst.

Drei afghanische Beamte bestätigten ebenso gegenüber der Nachrichtenagentur AP, dass sich Taliban-Kämpfer bereits in den Außenbezirken Kalakan, Qarabagh und Paghman aufhalten sollen. Die Taliban kontrollieren zudem seit heute alle Grenzübergänge des Landes, so dass der Kabuler Flughafen die einzige verbliebene Ausreisemöglichkeit darstellt.

Vor der heutigen Offensive hatte es US-Präsident Joe Biden auf einer Pressekonferenz noch vehement ausgeschlossen, dass Kabul an die Taliban fallen könne. Dafür würde die Kabuler Regierung über zu viele militärische Kapazitäten verfügen, und die Armee sei zu gut von den USA ausgebildet worden.

"Die afghanische Armee verfügt über 300.000 gut ausgerüstete Soldaten und eine Luftwaffe. Sie sind so gut ausgerüstet wie jede andere Armee der Welt – gegen 75.000 Taliban."

Parallelen mit der Situation in Vietnam nannte er ebenso lächerlich. Das sei in keiner Form zu vergleichen.

Der Anführer der Taliban-Bewegung erklärte aus seinem Sitz in Doha, Katar, die Taliban seien angewiesen, auf Gewalt in Kabul zu verzichten.

Allen, die sich entscheiden, die Stadt zu verlassen, würde sicheres Geleit gewährt. Frauen seien aufgefordert, sich "in geschützte Gebiete" zu begeben. Zudem erklärte ein weiterer Taliban-Sprecher, die Bewegung garantiere die Sicherheit der russischen Botschaft in Kabul. Zum Umgang mit der deutschen und US-amerikanischen Botschaft machte er keine Angaben. Zudem haben die Taliban eine Erklärung veröffentlicht, laut der sie nicht gewaltsam in die Innenstadt von Kabul eindringen wollen. Der Plan sei vielmehr, vor der Innenstadt Stellung zu beziehen. Da die Hauptstadt eine große und dicht besiedelte Stadt sei, beabsichtige man, die Stadt auf dem Verhandlungsweg einzunehmen.

Das russische Außenministerium erklärte, dass man mit den internationalen Partnern im Gespräch ist und eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates angesichts der Lage in Afghanistan einberufen wolle. Zudem wurde betont, dass die russischen Diplomaten in Kabul verbleiben werden.

Die aktuelle Situation bringt Deutschland in eine schwierige Lage, da eine Evakuierungsmission mit Militärtransportern vom Typ A400M für über 100 sich noch in Kabul befindliche deutsche Staatsbürger und über 1.000 afghanische Ortskräfte erst ab dem morgigen Montag geplant war. Fallschirmjäger der Division Schnelle Kräfte (DSK) sollten in diesem Zusammenhang zum Einsatz kommen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6118cc56b480cc06426ebcc3.JPG>

nachmittags:

snanews.de: **„Haben keine Wahl“: Hongkongs größte Oppositionsorganisation löst sich auf**

Zwei Jahre nach den Anti-Regierungs-Protesten in Hongkong hat einer der Organisatoren, die „Civil Human Rights Front“ (CHRF), am Sonntag seine Selbstauflösung bekannt gegeben. Als Grund nannte Hongkongs größte pro-demokratische Bürgerorganisation unter anderem, dass ihre Anträge auf Kundgebungen seit 2020 von den Behörden abgelehnt würden.

Man habe sich stets zum Ziel gesetzt, „für die Menschenrechte und die Freiheit der Menschen in Hongkong einzutreten“, erklärte die CHRF laut der DPA. Die Regierung habe jedoch seit vergangemem Jahr wiederholt die Pandemie als Vorwand benutzt, um Anträge auf öffentliche Kundgebungen abzulehnen.

Zudem sei niemand mehr bereit, die Führung der Organisation zu übernehmen. Der ehemalige Anführer der Gruppe Figo Chan sitzt in Haft. Außerdem ermittelt die Hongkonger Polizei gegen die CHRF. Man habe „keine andere Wahl, als sich aufzulösen“, so die Organisation in ihrer Stellungnahme.

Peking hatte im Juni 2020 ein nationales Sicherheitsgesetz für Hongkong erlassen. Es richtet sich gegen Aktivitäten, die als subversiv eingestuft werden, sowie gegen Aufwiegelung zum Sturz der zentralen Regierung, gegen Terrorismus und ausländische Einmischung.

Die Regierungschefin der chinesischen Sonderverwaltungszone, Carrie Lam, unterstützte das Gesetz, das nach ihrer Einschätzung die Rechte und Grundfreiheiten der Hongkonger keinesfalls gefährdet. Aus Sicht von Kritikern dient es dazu, die Opposition in Hongkong mundtot zu machen und die Macht der Kommunistischen Partei zu zementieren.

Seither gaben mehrere Verbände und Gewerkschaften ihre Auflösung bekannt. Im Juli dieses Jahres verhängte ein Gericht in Hongkong erstmals ein Urteil nach dem „Sicherheitsgesetz“. Ein junger Demonstrant wurde wegen Terrorismus und der Anstiftung zum Separatismus zu neun Jahren Haft verurteilt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0f/3226905_0:106:3127:1865_1920x0_80_0_0_7b31ae9feb17f84b412120177d014aa0.jpg

snanews.de: **Bei Gefahr für Evakuierung von US-Personal– Biden droht Taliban mit „starker militärischer Reaktion“**

Angesichts des Vormarsches der radikalislamischen Taliban in Afghanistan hat US-Präsident Joe Biden die Zahl der US-Soldaten, die die Evakuierung der Botschaft aus Kabul absichern sollen, von 3000 auf 5000 erhöht. Darüber hinaus richtete er an die radikalen Kämpfer eine klare Botschaft, wie aus einer Erklärung von Biden zu Afghanistan hervorgeht.

„Ich habe auf der Grundlage der Empfehlungen unserer diplomatischen, militärischen und geheimdienstlichen Teams die Entsendung von etwa 5000 US-Soldaten genehmigt, um einen geordneten und sicheren Abzug von Personal der USA und anderer Verbündeten sowie eine geordnete und sichere Evakuierung von Afghanen, die unseren Truppen während unserer Mission geholfen haben, und von Personen, die durch den Vormarsch der Taliban besonders gefährdet sind, zu gewährleisten“, sagte Biden.

Zudem hat Biden nach eigenen Worten Vertretern der Taliban in Doha in Katar ausrichten lassen, dass die Vereinigten Staaten „jede Aktion der Taliban vor Ort in Afghanistan, die das US-Personal oder unsere Mission dort gefährdet, mit einer raschen und starken militärischen Reaktion beantworten werden“.

Zugleich wies Biden Streitkräfte und Nachrichtendienste an, „dafür zu sorgen, dass wir die Fähigkeit und die Wachsamkeit aufrechterhalten, künftigen terroristischen Bedrohungen aus Afghanistan zu begegnen“.

Was die Evakuierung von afghanischen Ortskräften, die den US-Truppen während des Einsatzes geholfen hatten, anbelangt, erklärte Biden: „Wir arbeiten daran, Tausende von Menschen, die unsere Sache unterstützt haben, und ihre Familien zu evakuieren“.

Am Donnerstag hatte das US-Militär angekündigt, rund 3000 Soldaten als Verstärkung zum Flughafen Kabul zu verlegen, um die Reduzierung des Personals der US-Botschaft zu unterstützen. Wie es heißt, befinden sich in Kabul mindestens 10.000 amerikanische Staatsangehörige.

Das US-Militär wollte Afghanistan den bisher vorgestellten Abzugsplänen zufolge bis Ende August verlassen haben. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/19/2962626_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_665e97b0495bdebd0c9dfe876ef2c61c.jpg

de.rt.com: **Ukrainische Polizei ermittelt wegen Ausschreitungen vor Präsidentenbüro in Kiew**

Nach Zusammenstößen zwischen ukrainischen Nationalisten und Polizeikräften am Samstag hat die ukrainische Polizei eine Untersuchung eingeleitet. Nach Angaben der Behörde wurden bei den Ausschreitungen vor dem Präsidentenbüro in Kiew sieben Polizeibeamte verletzt. Die ukrainische Polizei untersucht die Umstände der Ausschreitungen, die sich am Samstag in Kiew vor dem Büro des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij ereignet haben. Nach Angaben der Behörden wurden bei den Zusammenstößen zwischen ukrainischen Nationalisten und Polizeikräften sieben Ordnungshüter und ein Armeeingehöriger verletzt. Am Rande der Protestdemo kam auch ein Reporter zu Schaden. Der Journalist des Online-Nachrichtenportals Bukwa wurde während der Kundgebung von einem maskierten Mann bedroht und aufgefordert, den Ort der Ereignisse zu verlassen. Kaum hatte sich Alexander Kruschelny von der Protestaktion zurückgezogen, holte ihn ein junger Mann ein und forderte den Fotoreporter auf, alle Aufnahmen zu löschen. Kruschelny wurde daraufhin von mehreren Protestlern eingekreist. Sie warfen ihm linke Ansichten vor. Obwohl sich der Journalist als Pressemitarbeiter ausgewiesen hatte, schlugen die Unbekannten auf ihn ein. Der Reporter erlitt zahlreiche Schnitte, Schürfwunden und Quetschungen. Erst als andere Journalisten auf die Schlägerei aufmerksam wurden, ließen die Angreifer Kruschelny los. Auch wegen dieser Attacke leitete die ukrainische Polizei eine Untersuchung ein.

An den Protesten vor dem Präsidentenbüro in der ukrainischen Hauptstadt hatten sich Mitglieder der Partei Nationalkorps beteiligt, die auf der Grundlage des im Osten der Ukraine kämpfenden nationalistischen Bataillons Asow gegründet worden war. Während der Kundgebung versuchten die Protestler, in das Verwaltungsgebäude einzudringen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Beamten wurden mit Gas, Böllern und Pflastersteinen angegriffen. Die Demonstranten zündeten außerdem Autoreifen an. Später zogen die Teilnehmer der Protestaktion zu einem Wohnhaus weiter, in dem sich nach ihren Angaben die Wohnung von Präsident Selenskij befinden soll. Dort zündeten sie bengalische Feuer an. Somit protestierten sie gegen die amtierende Regierung der Ukraine. Sie forderten die Behörden auf, auf die Umsetzung der sogenannten Steinmeier-Formel zur Lösung des Donbass-Konfliktes zu verzichten, weiterhin kein Wasser auf die Schwarzmeer-Halbinsel Krim zu liefern und den Kämpfern im Osten des Landes das Recht zu geben, sich selbst im Donbass zu verteidigen. Die Partei Nationalkorps warf Präsident Selenskij außerdem "politische Repressionen" gegen ihre Mitglieder vor, nachdem mehrere Parteiaktivisten wegen Gelderpressung von Unternehmern verhaftet worden waren.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6118c2b9b480cc05162fecbe.JPG>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 15.08.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden **drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 3. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk beschossen und vier Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Kämpfer der 58. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus **Wesjoloje** beschossen und drei Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinskij von den Positionen im Gebiet von Starognatowka aus **Belaja Kameknka** beschossen und fünf Mörsergeschosse mit 120mm-Mörsergeschossen abgefeuert.

Die Fälle von Beschuss wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern. Der Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 91 **Stück Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind:

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

acht Panzertransporter in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.

Jenseits der Abzugslinien aber außerhalb der vorgesehenen Lagerorte für Waffen wurden 81 Schützenpanzerwagen und zwei Abwehrgeschütze „Tunguska“ an der Eisenbahnstation von Konstantinowka bemerkt.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10., 25. und 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Rosowka zu blockieren.

Unsere Aufklärung stellt ein **Absinken des moralisch-psychischen Niveaus** in der 10. Gebirgssturmbrigade fest.

Um das Niveau der Kampffähigkeit der Einheiten im Vorfeld des „Unabhängigkeitstags“ aufrechtzuerhalten, hat das Kommando der 10. Brigade die Gewährung von Urlaub für die Untergebenen beschränkt, was eine negative Reaktion unter den Soldaten, die sich erheblich länger als die vorgesehene Zeit auf den Frontpositionen befinden, provoziert hat.

Aus den Ergebnissen einer dienstlichen Ermittlung der Donezker Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes haben wir Informationen erhalten, die deutlich die Folgen der vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte getroffenen Entscheidungen über eine Beschränkung des Urlaubs demonstrieren.

Nach uns vorliegenden Informationen haben am 13. August zwei Soldaten des 109. Bataillons der 10. Brigade, Cholinkow und Shilin, einen Versuch unternommen, eigenmächtig die Positionen im Gebiet von Dsershinsk zu verlassen und begaben sich in Richtung unserer Republik. Der Kommandeur eines Zugs der 10. Brigade Leutnant Subrin setzte die Waffe ein, um die Deserteure festzunehmen, wodurch die Flüchtlinge Schussverletzungen erlitten.

Bei einer Ermittlung wurde festgestellt, dass Ursache des Verlassens der Positionen durch Cholinkow und Shilin die ständigen Übergriffe von Seiten jüngerer Kommandeure und die nicht zufriedenstellenden Alltagsbedingungen des Dienstes sind.

Das geringe Niveau der Personalausstattung der Einheiten und der Unwille der ukrainischen Soldaten, ihre Verträge zu verlängern, hat die Arbeit einer Reihe von Kommission in der OOS-Zone provoziert.

Unter anderem in den Einheiten der 93. Brigade im Gebiet von Wolnowacha arbeitet derzeit eine Gruppe zur moralisch-psychischen Betreuung aus sieben Offizieren und Leitung des Leiters des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, die die Ursachen feststellen soll, warum ukrainische Soldaten den weiteren Dienst in den ukrainischen Streitkräften verweigern.

de.rt.com: **Afghanistan: Präsident tritt laut Berichten zurück**

Der afghanische Präsident Aschraf Ghani ist vor dem Hintergrund des Vormarsches der Taliban auf die Hauptstadt Kabul zurückgetreten. Ein hochrangiger Taliban-Vertreter soll eine Übergangsregierung leiten. Washington habe dieser Lösung zugestimmt.

Der afghanische Präsident Aschraf Ghani ist laut Berichten zurückgetreten. Damit machte er den Weg frei für eine neue Regierung, an der die radikalislamistische Taliban maßgeblich beteiligt sein werden. Die militante Organisation, die von vielen Staaten als terroristisch eingestuft wird, hatte davor die Eingänge der afghanischen Hauptstadt erreicht.

Der hochrangige Taliban-Vertreter Mullah Abdul Ghani Baradar soll republicworld.com zufolge eine Übergangsregierung leiten. Die USA hätten diesem Regierungswechsel zugestimmt. Baradar soll sich angeblich schon im Präsidentenpalast aufhalten. Aschraf Ghani habe das Land bereits verlassen.

Der Vormarsch der Taliban löste bei den Unterstützern der prowestlichen Regierung sowie den Helfern der ausländischen Truppen Panik hervor. Vor den Eingängen ausländischer Botschaften haben sich Schlangen gebildet, einige Afghanen erlitten psychologische Schocks. Die Szenen erinnern an die Übernahme Saigons durch die nordvietnamesische Armee im Jahr 1975. Im Internet kursieren Bilder, die zeigen sollen, wie die letzten US-Diplomaten aus der Botschaft in Kabul mit einem Hubschrauber evakuiert werden.

Der ehemalige US-Präsident George W. Bush hatte wenige Monate nach dem Einmarsch in Afghanistan im Dezember 2001 stolz verkündet, dass das "Taliban-Regime" in Afghanistan dank des US-Militärs sowie Washingtons Verbündeten dem Ende zugehe.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6119080248fbef29092cdd8c.JPG>

snanews.de: **Afghanistans Präsident plant Rücktritt – Übergangsregierung soll Machtübergabe an Taliban sichern**

Afghanistans Präsident, Aschraf Ghani, will laut dem TV-Sender „Al Arabiya“ an diesem Sonntag sein Amt niederlegen. Wie der Sender unter Verweis auf afghanische Medien mitteilte, wird die Machtübergabe in den kommenden Stunden im Präsidentenpalast erfolgen. Früheren Medienberichten zufolge führt Ghani zurzeit dringende Verhandlungen mit dem US-Sonderbeauftragten für die afghanische Versöhnung, Zalmay Khalilzad, sowie ranghohen Nato-Vertretern.

Indes teilte die Agentur Reuters unter Berufung auf diplomatische Quellen mit, dass der ehemalige Innenminister Afghanistans und ehemalige Botschafter in Deutschland Ali Ahmad Jalali die Leitung einer Übergangsregierung des Landes übernehmen werde.

Stadt Kabul wird nicht angegriffen

Zuvor am selben Tag hat der amtierende Innenminister Abdul Sattar Mirsakwal in einem vom TV-Sender „Tolo News“ veröffentlichten [Video](#) versichert, dass Afghanistans Hauptstadt Kabul nicht angegriffen werden würde.

Die Sicherheit der Stadt sei garantiert, sagte er. Es sei die Vereinbarung getroffen worden, dass der Machtwechsel friedlich erfolge. Zudem rief Mirsakwal die Menschen dazu auf, sich von keiner Propaganda beeinflussen zu lassen.

„Die Menschen brauchen sich keine Sorgen zu machen, die Stadt ist sicher“, erklärte er. Jeder, der Chaos in der Stadt verursache, werde entsprechend dem Gesetz behandelt.

Auch der Verteidigungsminister, Bismillah Chan Mohammadi, erklärte in einer auf Facebook veröffentlichten Videoansprache, dass er als Vertreter der Streitkräfte die Sicherheit Kabuls garantiere. Die Menschen sollten nicht in Panik verfallen.

Zuvor hatte ein Taliban-Sprecher gesagt, er könne bestätigen, dass es Verhandlungen mit dem Präsidentenpalast über eine friedliche Machtübernahme gebe. Der Leiter des Hohen Rates für Nationale Versöhnung, Abdullah Abdullah, trete als Vermittler auf.

Taliban rücken offenbar nach Kabul vor

Die radikal-islamistischen Taliban haben Reuters zufolge einen Angriff auf die afghanische Hauptstadt eingeleitet. Der örtliche Fernsehsender 1 TV News berichtete hingegen, dass die Taliban Verhandlungen mit der afghanischen Regierung aufgenommen hätten und Kämpfe vermeiden wollten. Demnach wurden die radikalen Kämpfer angewiesen, vorerst nicht in die Hauptstadt einzurücken.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0f/3228081_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_56299ec84ea9cfc3668fd457430ef77d.jpg

snaneews.de: **Botschaft in Kabul geschlossen: Deutsche sollen Afghanistan verlassen – Auswärtiges Amt**

Deutschland hat wegen des Vorrückens der Taliban auf Kabul seine Botschaft in der afghanischen Hauptstadt geschlossen. Das teilte das Auswärtige Amt am Sonntag mit. Die Sicherheitslage habe sich drastisch verschlechtert, hieß es in einer Reisewarnung. Deutsche Staatsangehörige werden aufgefordert, Afghanistan zu verlassen.

Das Personal der Botschaft ist laut dem Bundesaußenminister Heiko Maas zum militärischen Teil des Flughafens in Kabul verlegt worden.

"Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dort inzwischen eingetroffen und stellen ihre Arbeitsfähigkeit her", schrieb Maas am Sonntag auf Twitter.

Für den Nachmittag habe er erneut den Krisenstab der Bundesregierung einberufen. Es gehe darum, "Sofortmaßnahmen zur Sicherung und zur Ausreise deutscher Bediensteter und weiterer gefährdeter Personen aus Afghanistan auf den Weg zu bringen".

Zuvor hatte bereits das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über die Evakuierung der deutschen Botschaft berichtet. Nach ersten Meldungen über das Eindringen von Taliban-Einheiten in die Stadt seien die etwa 20 Botschaftsangehörigen und die Bundespolizisten, die zum Schutz der diplomatischen Vertretung abgestellt sind, aus Sicherheitsgründen zum militärisch gesicherten Flughafen gebracht worden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0d/3212405_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a6976293d6750c2c9993b970964acda5.jpg

de.rt.com: **Russischer Senator Dschabarow über Lage in Afghanistan: "Die USA lassen ihre Anhänger im Stich"**

Vor dem Hintergrund der äußerst heiklen Sicherheitslage in Afghanistan hat der Sender "RT" mit dem russischen Senator Wladimir Dschabarow gesprochen. Der Vizevorsitzende des Außenausschusses beim Föderationsrat schließt jegliche Einmischung des russischen Militärs aus.

Der russische Senator Wladimir Dschabarow hat dem Sender RT einen exklusiven Kommentar über die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan gegeben. Der erste Vizevorsitzende des Außenausschusses beim Föderationsrat bezeichnete die Lage im asiatischen Land als äußerst kompliziert. Dschabarow zeigte sich sicher, dass es in Afghanistan zu einem Blutbad kommen könnte, sollten die Taliban an die Macht kommen. Für die entstandene Situation machte Dschabarow die USA verantwortlich. Washington habe vor 20 Jahren Afghanistan "eine schöne Suppe eingebrockt" und lasse nun tatsächlich seine Anhänger im Stich. Die USA hätten es nicht einmal geschafft, die afghanische Armee richtig zu schulen.

Dschabarow drückte seine Meinung aus, dass die USA eine Dringlichkeitssitzung im UN-Sicherheitsrat einberufen sollten. Die internationale Gemeinschaft sollte dort über weitere Schritte in Bezug auf Afghanistan entscheiden, um im Krisenland Frieden durchzusetzen. Bei Bedarf könnten dort auch internationale Truppen zum Einsatz kommen oder harte Sanktionen gegen eine neue afghanische Führung verhängt werden. Allerdings dürfe kein einziges Land der Welt dies im Alleingang und ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates tun. Das einzige Ziel solcher Maßnahmen solle es sein, ein mögliches Blutbad im Land zu stoppen. Dabei schloss der russische Senator jegliche militärische Einmischung Moskaus in Afghanistan aus, auch wenn es einen internationalen Einsatz geben sollte. Zugleich teilte Dschabarow mit, dass Russland seine Verbündeten im Rahmen des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) unterstützen werde, sollten die Taliban weiter gen Norden vorrücken. Damit meinte der Senator die früheren Sowjetrepubliken Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan. Dschabarow bezweifelte aber, dass es zu dazu kommen wird.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6118f82a48fbef23450486f5.jpg>

snanews.de: **Afghanistans Präsident Aschraf Ghani hat offenbar das Land verlassen**

Angesichts des Vormarsches der militant-islamistischen Taliban in Afghanistan hat der Präsident Aschraf Ghani das Land verlassen. Das bestätigte der Vorsitzende des Nationalen Rats für Versöhnung, Abdullah Abdullah, in einer am Sonntag auf Facebook veröffentlichten Videobotschaft.

Der „Ex-Präsident“ habe in dieser Situation das Land verlassen, und Gott möge ihn zur

Rechenschaft ziehen, sagte Abdullah weiter. Auch das Volk werde über ihn richten. Angaben dazu, wohin der Präsident das Land verlassen habe, machte Abdullah nicht. Lokale Medien berichteten, er sei nach Tadschikistan geflogen. Abdullah sagte, er wolle, dass die Sicherheitskräfte weiter für Sicherheit in Kabul sorgen und bat die Taliban, noch auf Gespräche – mit denen er vielleicht Friedensgespräche meinte – zu warten, und nicht in die Stadt zu kommen.

Die militant-islamistischen Taliban hatten in den vergangenen knapp eineinhalb Wochen fast alle Provinzhauptstädte des Landes eingenommen. Viele waren kampflos an sie gefallen. Am Sonntagmorgen (Ortszeit) hatten sie die vorletzte noch unter Kontrolle der Regierung stehende Großstadt, Dschalalabad im Osten des Landes, übernommen. Wenig später sammelten sich Taliban-Kämpfer an den Toren der Hauptstadt Kabul. Sie wurden allerdings zunächst dazu angewiesen, nicht in die Stadt vorzudringen.

Am Abend teilten die Taliban in einer weiteren Erklärung mit, sie hätten Berichte erhalten, dass Polizeistationen und Ministerien verlassen worden seien. Die Sicherheitskräfte seien geflohen. Um Plünderungen zu verhindern oder damit anderen Menschen kein Schaden zugefügt werde, habe die Taliban-Führung ihre Kämpfer angewiesen, jene Gebiete zu betreten, aus denen der Feind geflohen sei.

Der amtierende afghanische Innenminister Abdul Sattar Mirsakwal hatte am Vormittag erklärt, die Stadt werde nicht angegriffen. Es sei die Vereinbarung getroffen worden, dass ein Machtwechsel friedlich erfolge.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/0f/3229757_0:411:2911:2048_1920x0_80_0_0_8ccdcdbd_a67f245ac870e43919d6d4465.jpg

snanews.de: **Trotz Warnung aus Pjöngjang: Südkorea und USA planen reduzierte Militärübungen**

Ungeachtet der Drohungen Nordkoreas wollen die Streitkräfte von Südkorea und den USA ihre jährlichen Sommermanöver wieder abhalten. Durch diese kann aber der Wiederaufbau der längst angespannten Beziehungen zwischen den beiden Koreas beeinträchtigt werden. Südkoreas Militär kündigte jedoch eine reduzierte Übung ohne Feldtraining an.

Die Entscheidung sei auch unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie sowie der „Bemühungen um eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und der Friedensschaffung“ getroffen worden, teilte der Generalstab mit.

Unter Denuklearisierung verstehen beide Länder die Abrüstung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms.

Die Kommandoübung soll den Angaben zufolge am Montag beginnen und neun Tage dauern. Im Mittelpunkt stünden Computersimulationen. Nur unbedingt notwendiges Personal werde daran teilnehmen. Die USA haben 28.500 Soldaten in Südkorea stationiert.

Konsequenzen seitens Nordkoreas nicht ausgeschlossen

Nordkorea hatte mit Konsequenzen für den Fall gedroht, dass die Übungen im Nachbarland stattfinden. Pjöngjang wirft den USA regelmäßig vor, ihre Manöver mit Südkorea dienten Vorbereitungen für einen Angriff. Washington und Seoul bestreiten das.

Der Vizevorsitzende des Zentralkomitees der in Nordkorea herrschenden Arbeiterpartei, Kim Yong Chol, hatte zuletzt gedroht, Südkorea werde sich einer „ernsten Sicherheitskrise“ ausgesetzt sehen.

Zuvor hatte die einflussreiche Schwester des Staatschefs Kim Jong Un, Kim Yo Jong, gedroht, Nordkorea werde seine Fähigkeiten zu mächtigen Präventivschlägen ausbauen. Darüber hinaus hatte sie die „gefährlichen“ Militärmanöver beider Staaten als „Vorbereitung auf einen Atomkrieg“ bezeichnet.

In den vergangenen Jahren hatten die USA und Südkorea den Umfang einiger Übungen auch aus diplomatischen Gründen bereits reduziert. Die Verhandlungen über das Atomprogramm Nordkoreas kommen seit dem gescheiterten Gipfeltreffen Kim Jong Uns mit dem damaligen US-Präsidenten, Donald Trump, im Februar 2019 in Vietnam nicht voran.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/0f/3229008_0:254:3072:1982_1920x0_80_0_0_c2fca5acd527258f21b282b0241f998.jpg